

PRESSEMITTEILUNG

Stuttgart, 17. Februar 2022

Grüne: Paradigmenwechsel in der Bodenpolitik eingeläutet

Rühle: Bezahlbarer Wohnraum ist die große soziale Aufgabe unserer Zeit

Heute hat der Gemeinderat grünes Licht für die Neuausrichtung der städtischen Bodenpolitik gegeben. Ziel ist eine aktive und strategische Bodenpolitik mit einer deutlichen Stärkung des Erbbaurechts. Stuttgart läutet mit dem heutigen Grundsatzbeschluss einen Paradigmenwechsel für ein zeitgemäßes Bauen ein, so Grünen-Fraktionschefin Rühle, und komme seiner Verantwortung gegen überhöhte Bodenpreise und steigende Mieten nach.

„Die Stadt wird künftig eine aktive Bodenpolitik betreiben, strategisch Grundstücke erwerben und den Zugriff dauerhaft sicherstellen. Vorkaufsrechte müssen künftig wo immer möglich gezogen werden, um die Stadtsanierung und -entwicklung in bestehenden Quartieren bestmöglich zu flankieren. Und in neuen Baugebieten wird sichergestellt, dass auf städtischen Grundstücken das entsteht, an dem es besonders mangelt: geförderter und preisgedämpfter Geschosswohnungsbau genauso wie soziale Infrastruktur. Gerade im Geschosswohnungsbau ist künftig die Konzeptvergabe unter sozial geleiteten konzeptionellen Erwartungen und Erwägungen maßgeblich. Das ist ein großer Erfolg. Stuttgart ist damit ein echter Paradigmenwechsel gelungen“, sagt Petra Rühle, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Stuttgarter Gemeinderat.

So schöpft die Stadt ihre Handlungsmöglichkeiten gegen überhöhte Bodenpreise und steigende Mieten künftig verstärkt aus. Rühle: „Wichtiges Instrument dabei ist ein attraktiv ausgestaltetes Erbbaurecht. Zudem sollen städtische Grundstücke in Zukunft vorrangig im Erbbau vergeben werden, eine Kaufoption besteht künftig nur noch für einen eng definierten Kreis von Wohnungsbauunternehmen und bei begründetem städtischem Interesse. Die städtischen Interessen müssen zudem durch umfangreiche An-, Vor- und Wiederkaufsrechte gesichert werden. Für eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte und generationengerechte Bodenpolitik mit dem Ziel, Spekulationen entgegenzutreten und kostengünstigeren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.“

Ungeachtet dessen sehen wir die Schaffung von bezahlbarem und gefördertem Wohnungsbau als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und unterstützen weiter das Engagement der städtischen Wohnungs- und Städtebaugesellschaften, aber auch den Partnern aus dem Bündnis für Wohnen, die hier auch dieser Verpflichtung nachkommen, zuvorderst die Stuttgarter Baugenossenschaften und Wohnungsbauunternehmen mit ähnlichen Ansätzen.“

Rathaus Stuttgart
Zimmer 8
Marktplatz 1
70173 Stuttgart

Tel: 0711/216-60724
0711/216-60722
Fax: 0711/216-60725

gruene.fraktion@stuttgart.de
www.lust-auf-stadt.de

